

# Öffentliche Dienste im ehemaligen Deutschland

Auch im 22. Jahrhundert gibt es in allen Nachfolgeländern der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland noch eine staatliche Ordnung. Und auch wenn der Staat nicht mehr dieselbe Macht wie noch Ende des 20. Jahrhunderts hat, hat er bestimmte öffentliche Aufgaben zu erfüllen oder zumindest zu organisieren. Für niemanden ist es angenehm, wenn reihenweise Menschen verhungern, verbrennen oder an Krankheiten sterben, weil für einige Individuen keine Krankenhäuser, Feuerwehren oder humanitäre Einrichtungen vorhanden sind. Auch würde eine erhebliche Seuchengefahr bestehen.

Weite Teile dieser öffentlichen Aufgaben sind in die Hände von Privatfirmen gelegt worden, die von den jeweiligen Staaten konstante Zahlungen für das Aufrechterhalten dieser notwendigen Dienste erhalten.

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den deutschen Nachfolgestaaten, aber grundsätzlich gilt Folgendes:

## **Krankenversicherung und -versorgung**

Das Gesundheitssystem wurde, mit Ausnahme der Republik Sachsen, vollständig privatisiert. Sämtliche Krankenhäuser sind Firmen und eine gesetzliche Krankenversicherung im ursprünglichen Sinne existiert nicht mehr. Die privaten Krankenversicherungen haben mit einzelnen im Gesundheitswesen ansässigen Konzernen Verträge, nach denen ihre Kunden deren Krankenhäuser und andere gesundheitsrelevante Einrichtungen je nach Vertragsbedingungen zu einem bestimmten Grad benutzen dürfen. Auch die Qualität und Geschwindigkeit der Behandlung ist von der Versicherungsvertragshöhe abhängig. Jene die sich keine private Krankenversicherung leisten können, werden in den Notfallkrankenhäusern behandelt. Diese Einrichtungen sind ebenfalls private Krankenhäuser, die ebenfalls mit dem Staat einen Vertrag haben, aber bestimmte Quoten einhalten müssen, nach denen nur ein bestimmter Prozentsatz der Behandelten mehr als Euro 5000 jährliche Kosten verursachen darf. Damit soll eine gewisse Mindestversorgung garantiert werden, die aber für gewöhnlich nicht erreicht wird, da durch Korruption und die Minimierung der Betriebskosten oftmals unmenschliche Zustände herrschen.

## **Feuerwehr**

Die Feuerwehr ist auch im 22. Jahrhundert eine staatliche Einrichtung. Allerdings ist durch rigorose Mittelkürzung und veraltetes Gerät die Effizienz erheblich gesunken. Auch besteht ein drastischer Personalmangel, da es ein sehr risikoreicher und dennoch schlecht bezahlter Job ist.

Versicherungsfirmen bieten zu ihren Feuerversicherungen zusätzliche Feuerwehrverträge an, vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten. Diese Versicherungskonzerne unterhalten ihre eigenen gut ausgerüsteten Feuerwehren, die Feuerschäden und die damit verbundenen Zahlungen minimieren sollen. Bei größeren Bränden beauftragt der Staat zusätzlich zur staatlichen Feuerwehr diese Konzernfeuerwehren.

## **Polizei**

Die Polizeien sind, mit Ausnahme der Republik Sachsen, fast vollständig privatisiert. Es gibt jedoch mehrere große Polizei- und Sicherheitskonzerne. Einer dieser miteinander konkurrierenden Konzerne schließt mit dem jeweiligen Staat einen Vertrag über einen festgelegten Vertragszeitraum ab. Der Grundgedanke, durch die Konkurrenz der Konzerne die Kosten für den Sicherheitssektor zu minimieren, ging jedoch nicht auf, da sich bald ein Kartell bildete, das durch Preis- und Gebietsabsprachen die Kosten hoch hielt. Die Effizienz der privatisierten Polizei hängt stark von ihrem Einsatzgebiet ab. So wird in einer wohlhabenden Wohngegend ein kleines Verbrechen rigoros bestraft und die Polizei ist sehr schnell am Einsatzort. In den Slums dagegen kann eine halbe Stunde vergehen, bis

die Polizei zu einem gemeldeten Mord kommt. In bestimmten Gebieten und bei kleineren Delikten ist es auch möglich, dass sie gar nicht erscheint. Die Polizei ist mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und darf mit größter Härte gegen Kriminalität vorgehen.

Die in den deutschen Nachfolgestaaten operierenden Polizeikonzerne sind SDL-Security, Sichtec AG, Verbrecher-Stopp AG und Bürgerschutz AG.

### **Justiz**

2020 wurde in Deutschland der Justizapparat privatisiert, indem die Justizia AG mit dem Hauptaktionär BRD (78%) gegründet wird. Bei der Privatisierung, die zur Haushaltssanierung diente, wurde eine 30jährige Verkaufssperre für die staatlichen Anteile vereinbart. Trotz des Zerfalls der BRD 2024 blieb die Vereinbarung mit dem Süddeutschen Bund und auch der Norddeutschen Allianz bestehen. 2050 verkaufte die Allianz 38 % ihres Aktienpaketes und verlor damit ihre Mehrheit. Der Bund verkaufte 27% und blieb mit 51% weiter Hauptaktionär. Die anderen Staaten behielten alle über 75% der Anteile ihres Justizapparates. 2077 verkauft die Allianz weitere 18% für 23 Mrd. Euro. Die privatisierten Gerichte und Gefängnisse werden vierteljährlich durch staatliche Untersuchungskommissionen überprüft.

### **Bildung und Schulen**

Es besteht eine Schulpflicht bis zur 8. Klasse. Es gibt staatliche Schulen, private Schulen und konzerninterne Schulen.

In den konzerninternen Schulen werden die Kinder der in den jeweiligen Konzernen arbeitenden Eltern unterrichtet. Diese Schulen sind in ihrer Ausbildung stark an die jeweilige Konzernrichtung gebunden. d.h. in einem Technologiekonzern ist das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, das technologische Wissen der Schüler zu erweitern, da davon ausgegangen wird, dass die Schüler einmal bei dem Konzern arbeiten werden. In den privaten Schulen werden die Kinder von wohlhabenden Eltern unterrichtet, die nicht an einen Konzern gebunden sind. Sie erhalten eine Ausbildung, die an den Wunsch der Eltern angepasst ist. Die an den besten privaten Schulen ausgebildeten Absolventen sind bei den Konzernen sehr begehrt. Bei sehr guten Schülern ist es keine Seltenheit, dass schon 1-2 Jahre vor dem Abschluß Vorverträge zwischen Konzernen und dem Schüler abgeschlossen werden.

Die gesetzlichen Schulen sind meist heruntergekommen und besteht ein starker Mangel an Unterrichtskräften und -material. Die Schüler sind meist Kinder aus verarmten Familien. Universitäten sind vollständig privatisiert. Eine Hochschulausbildung kann wegen der hohen Studiengebühren nur von wohlhabenden Familien finanziert werden oder über die Stipendien von Konzernen, die aber gleichbedeutend mit einem späteren Arbeitsvertrag sind.